

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2006-2007

Nr.7

Ausführlicher Bericht

7. Dezember 2006

Haushaltsdebatte – allgemeine Diskussion
Antworten der Regierung

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode wurde der Unterrichtshaushalt um 7 Millionen EUR rekurrent erhöht. Das sind 280 Millionen F an jährlichen Mehrausgaben für das Unterrichtswesen, trotz in diesem Zeitraum gesunkener Schülerzahlen. Wir haben dieses Geld eingesetzt, um Gehaltserhöhungen für das Lehrpersonal zusätzlich zum Index zu finanzieren. Wir haben das Urlaubsgeld für Beschäftigte im Unterrichtswesen angehoben. Wir haben im Verhältnis zur Schülerzahl die Anzahl der Lehrpersonen erhöht, indem wir zusätzliches Lehrpersonal eingestellt haben. Wir haben das eingefrorene Stundenkapital im Grund- und Sonderschulwesen aufgetaut. Wir haben die Mittel für pädagogische Zwecke erhöht, genauso wie die Funktionssubventionen, und wir haben seit 2004 die Haushaltsmittel für die Schülerbeförderung um sage und schreibe 35% erhöht. Kollege Dr. Meyer hat Recht: Wir haben gleichzeitig innerhalb des Unterrichtshaushaltes bestimmte Umschichtungen vorgenommen. Dazu gehören die Maßnahmen aus dem Sammeldekret 2005 in der Tat genauso wie unser Vorschlag, bestimmte Mittel aus dem Abendschulwesen in das

- 216 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Tagesschulwesen zu übertragen. Darüber diskutieren wir zurzeit mit den Betroffenen, darüber konzertieren wir zurzeit mit den Sozialpartnern und darüber werden wir sicherlich in diesem Hause noch sehr ausführlich reden können, wenn das Sammeldekret 2007 hier vorliegen wird. Kollegin Creutz hat sich gestern meiner Ansicht nach einen Versprecher erlaubt. Sie sagte, dass die Gehaltsausgaben im Unterrichtswesen in diesem Jahr verschoben worden seien. Nein, natürlich hat es in dieser Legislaturperiode keine Verschiebung von Gehaltsauszahlungen gegeben. Niemand muss im Unterrichtswesen auf sein Gehalt warten. Wir haben lediglich im vierten Quartal 2006 nicht alle Vorauszahlungen für LSS-Lasten getätigt. Das hat die Deutschsprachige Gemeinschaft übrigens nie getan, mit zwei Ausnahmen in den Jahren 2004 und 2005, weil wir uns das im Gegensatz zu allen Vorgängerregierungen in diesen beiden Jahren leisten konnten. Das wird in der Tat 2006 und 2007 nicht mehr der Fall sein.

Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache, dass wir fast die Hälfte all unserer Finanzmittel in das Bildungswesen unserer Gemeinschaft investieren, ist Beleg genug dafür, dass wird der Ausbildung und der Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen eine sehr große Bedeutung beimessen. Wir gehören zu den Regionen in Europa, die am meisten Geld in ihr Bildungswesen investieren. Im Verhältnis investieren wir sehr viel mehr in unser Bildungswesen als die Bundesrepublik Deutschland und auch mehr als PISA-Weltmeister Finnland.

Vor diesem Hintergrund ist die gestern aufgetauchte Frage sicherlich berechtigt, ob wir dieses Geld effizient einsetzen. Ich glaube, vieles in unserem Unterrichtswesen funktioniert gut, die Lehrpersonen leisten unter manchmal schwierigen Voraussetzungen sehr oft sehr gute Arbeit, aber es gibt auch Probleme. Frau Creutz hat gestern den Teilzeitunterricht und die B-Klassen angesprochen. Die Kollegen Schröder und Palm haben das Schulversagen angesprochen. Kollege Strougmayr ist auf soziale Ungerechtigkeiten eingegangen. Ich würde persönlich hinzufügen: Auch beklagen kann man den viel zu hohen Schulrückstand in unseren Schulen.

Zusammengefasst gibt es zwei große Probleme in unserem Bildungswesen, die wir nicht leugnen dürfen. Diese habe ich zuletzt am 21. September 2006 an diesem Rednerpult bereits erwähnt: Erstens, die Bildungschancen unserer Kinder hängen allzu oft von ihrer Herkunft ab. Zweitens, allzu viele Menschen in unserer Gemeinschaft verfügen nicht über die notwendigen Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprechen, um auf dem Arbeitsmarkt und in unserer Gesellschaft bestehen zu können.

Wenn wir keine Probleme hätten, dann würde mir das sehr gefallen und sehr viel Arbeit ersparen, dann könnten wir nämlich alles beim Alten lassen. Weil es diese Probleme aber tatsächlich gibt, müssen wir auch im Bildungswesen einiges in Frage stellen, müssen wir Dinge verbessern, und das heißt auch, Dinge verändern. Und gerade weil es diese Probleme

gibt, müssen wir auch im Bildungshaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Mittel umschichten, um sie zielgerichteter und effizienter einsetzen zu können.

Kollegin Creutz hat gestern gesagt, diese Probleme könne man nur lösen, indem man ein Gesamtkonzept mit einem roten Faden entwickelt. Kollege Niessen fügte hinzu: ein nachhaltiges Gesamtkonzept. Sowohl Kollegin Creutz als auch Kollege Niessen haben natürlich völlig Recht. Gerade deshalb mussten wir bereits im Jahre 2004 ein solches Gesamtkonzept erarbeiten; ein Gesamtkonzept für mehr soziale Gerechtigkeit im Unterrichtswesen und für eine bessere Bildungsqualität. Dieses Gesamtkonzept, dieser Masterplan besteht aus 33 Maßnahmen, 109 Projekten und 615 Arbeiten, von denen bereits mehr als die Hälfte, nämlich 322, durchgeführt worden sind. Wir betreiben also keine reine Ankündigungspolitik, sondern lassen unseren Ankündigungen Entscheidungen und Taten folgen. Frau Kollegin Creutz, ich habe Sie vor etwas mehr als einer Stunde im Fernsehen bewundern dürfen. Dort haben Sie mich beschrieben als einen jungen, engagierten, motivierten Menschen, der aber zuviel

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 7. Dezember 2006 - 217 -

Tatendrang an den Tag lege und an zu vielen Baustellen gleichzeitig arbeite. Ich sage Ihnen, Frau Kollegin, ich finde diese Kritik geradezu sympathisch, denn in der Tat gibt es eine Fülle von Baustellen, die tatsächlich gleichzeitig bearbeitet werden, denn alle Baustellen, alle Maßnahmen gehören zusammen, bauen aufeinander auf und sind Bestandteil eines Gesamtkonzeptes. So haben wir z.B. auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach dem Vorbild der Flämischen Gemeinschaft dieses Jahr eine weit reichende Dienstrechtsreform durchgeführt und damit die Autonomie der Schulen entscheidend gestärkt. Das war eine erste Baustelle. Wer aber die Autonomie der Schulen stärkt, Kolleginnen und Kollegen, der muss auch gleichzeitig sagen, was er denn von den Schulen erwartet. Das kann nur gehen, wenn man klare Zielvorgaben vorgibt. Deswegen brauchen wir eine weitere Baustelle, nämlich diejenige, bis zum Ende dieses Schuljahrs präzise und verbindliche Kernkompetenzen zu definieren und dadurch dafür Sorge zu tragen, dass die Grundfertigkeiten und die Lernfähigkeiten in den Mittelpunkt schulischen Arbeitens gerückt werden können. Diese Kernkompetenzen werden im Übrigen in einem sehr breiten Dialog mit allen Schulnetzen und allen Schulebenen erarbeitet. An dieser Erarbeitung beteiligen sich darüber hinaus ausländische Experten, Experten aus dem Land Brandenburg. Glauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre uns niemals gelungen, Experten dazu zu bewegen, uns ein ganzes Jahr hier vor Ort bei diesem wichtigen Prozess zu begleiten, wenn wir nicht über so gute Außenbeziehungen zur Landesregierung in Brandenburg verfügen würden, wenn nicht unser Ministerpräsident mit dem Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck, und dessen Staatssekretär Harms die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen hätte.

Kollegin Creutz, es genügt natürlich nicht, Zielvorgaben zu definieren. Man muss gleichzeitig die Voraussetzung dafür schaffen, dass diese Ziele auch tatsächlich erreicht werden können. Man muss also eine weitere Baustelle eröffnen, nämlich diejenige, das Aus- und Weiterbildungskonzept in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verändern. Deshalb haben wir ja im Jahre 2005 durch die Zusammenlegung unserer Hochschulen die Autonome Hochschule gegründet; gerade deshalb haben wir ja ein neues Weiterbildungskonzept mit neuen Schwerpunkten erarbeitet: Klassenführungskompetenz, Konfliktbewältigung, Benotung, Elterngespräche und ganz besonders Zusatzausbildungen im Bereich der Förderpädagogik und der Schulleitung. An dieser Stelle muss ich Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade im Bereich der Förderpädagogik oder auch der Schulleiterausbildung könnten wir nicht sehr weit kommen, wenn wir nicht auf die Kooperation mit anderen Universitäten und Forschungseinrichtungen im In- und Ausland zurückgreifen dürften. Daher bin ich sehr dankbar für die sehr direkten und konkreten guten Beziehungen zur Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und zur CDU-Bildungsministerin Frau Sommer.

Wer die Voraussetzungen dafür schafft, dass Ziele erreicht werden, der muss natürlich auch überprüfen, ob denn diese Ziele tatsächlich in jeder einzelnen Schule erreicht werden, und eine weitere Baustelle eröffnen, nämlich diejenige, die interne und externe Evaluation in unseren Schulen einzuführen. Genau das geschieht im Jahr 2007 in unseren Grundschulen. Und auch an dieser Stelle darf ich Ihnen sagen: Es wäre niemals möglich, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine vernünftige interne und externe Evaluation durchzuführen, wenn wir nicht auf die Unterstützung der Flämischen Gemeinschaft und des Bundeslandes Hessen zählen dürften, die uns inhaltlich und mit Personalressourcen dabei helfen.

Kolleginnen und Kollegen, das waren nur einige Beispiele aus den 33 Maßnahmen, aber ich hoffe, damit deutlich gemacht zu haben, dass alle diese Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept gehören. Ich glaube, wer nicht farbenblind ist, der wird auch erkannt haben, dass sich durch diese Maßnahmen ein roter Faden zieht; er kann auch blau, grün oder egal wie gefärbt sein, aber Frau Kollegin Creutz sprach gestern von einem roten.

Zum Gesamtkonzept gehören natürlich auch einige Querschnittsaufgaben, von denen ich nur drei nennen möchte: Erstens, die Sprachkompetenz verbessern. Da hat Kollege Niessen völlig Recht mit seiner Aussage, und deswegen räumen wir dieser Maßnahme auch einen breiten Platz in unserem

- 218 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Maßnahmenkatalog ein. Wir werden uns in der Tat am ehrgeizigen europäischen Referenzrahmen für das Erlernen von Fremdsprachen auf allen Ebenen orientieren; dies gilt nicht nur für Französisch, sondern auch für Niederländisch und Englisch. Zweitens, wir müssen gezielt in die Förderung der Lesekompetenz investieren. Die Lesekompetenz ist eine der wichtigsten Kulturtechniken überhaupt; sie ist die Voraussetzung für Lernfähigkeit und damit für die Teilhabe am lebenslangen Lernen. Über Lesekompetenz kann man sich Wissen aneignen. Und weil wir wissen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Lesekompetenz und den Schulmediotheken gibt, hat die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits in der letzten und auch in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen EUR in den Bau, in die Einrichtung und die Ausstattung von Schulmediotheken investiert und gleichzeitig jedes Jahr 250.000 EUR an Gehaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Betriebskosten und Mittel für die Erneuerung des Medienbestandes. Diese Investitionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir progressiv ausbauen mit dem Ziel und Anspruch, in jeder Sekundarschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine modern ausgestattete Schulmediothek mit einem medienpädagogischen Konzept einzurichten.

Und auch hier würden wir nicht sehr weit kommen, wenn wir nicht auf die Unterstützung von Experten aus Kanada und Südtirol zurückgreifen dürften, die uns das Know-how geben, das wir hier vor Ort nachweislich nicht haben. Gerade bei den Schulmediotheken zeigt sich auch, dass die Außenbeziehungen eine durchaus reale finanzielle Bereicherung sein können. Diese großen Investitionen ohne Interreg-Mittel, ohne die Mittel der Europäischen Union zu schultern, würden uns enorm schwer fallen.

Kollege Palm fragte gestern nach konkreten Zahlen. Alleine dieses Interreg-Projekt zur Vernetzung von Schulmediotheken mit dem Land Rheinland-Pfalz ist für uns mit Einnahmen von 531.059 EUR verbunden. Auch dieses Interreg-Projekt, Kolleginnen und Kollegen, ob Sie das nun glauben mögen oder nicht, hätten wir nie abschließen können, wenn wir nicht über so gute Beziehungen zur Landesregierung von Rheinland-Pfalz verfügen würden, wenn nicht ganz konkret unser Ministerpräsident den Ministerpräsidenten Kurt Beck auf einem sehr unbürokratischen Weg diesbezüglich angerufen und um Unterstützung gebeten hätte. Ich denke, dass gerade auch dieses eine Interreg-Projekt - eines von vielen - ein sehr anschaulicher Beweis dafür ist, dass die Außenbeziehungen der Gemeinschaft sehr wohl und sehr viel mit den realen Bedürfnissen der Menschen in unserer Gemeinschaft zu tun haben.

Die dritte Querschnittsaufgabe besteht darin, in allen Schulen für vernünftige Arbeitsbedingungen zu sorgen. In den letzten Jahren wurden 31 Millionen EUR in Schulbauten investiert, davon 70% in Gemeindeschulen und übrigen nur 27% über alternative Finanzierungen. Das waren sinnvolle Investitionen in kommende Generationen; es waren aber auch deutliche Entlastungsinvestitionen für unsere Gemeinden. Alleine durch die Erhöhung des Zuschusssatzes von 60 auf 80% für Schulbauten im Jahre 2002 wurden unsere Gemeinden um 2,7 Millionen EUR entlastet. Daran ändern die veränderten Zahlungsfristen überhaupt nichts. Das ist eine reale Entlastung, ohne die viele dieser Grundschulen und Kindergärten nachweislich nicht hätten gebaut werden können.

Kolleginnen und Kollegen, wir werden weitere 35 Millionen EUR investieren, da wir in allen Netzen und in allen Schulen für eine angemessene Ausstattung sorgen möchten. Wir glauben, dass wir das den Lehrpersonen, den Kindern und den Eltern schuldig sind. Wasserlachen, aufgerissene Schulhöfe, bröckelnde Fassaden, rissige Wände und defekte Toiletten müssen ein für allemal und endgültig aus unserer Schullandschaft verschwinden. Wir müssen massiv in moderne Klassenräume und ausreichend große Lehrerzimmer investieren, wenn wir wollen, dass die Schulgemeinschaften vor Ort unseren hohen Ansprüchen gerecht werden können. Der Bedarf ist nach meiner Einschätzung nach unbestritten.

Die Frage ist nur: Erfüllen wir diesen Bedarf jetzt und heute oder tun wir das nicht? Denn es stimmt: Wer Ja zu diesen Investitionen sagt, der sagt auch Ja zu alternativen Finanzierungen, denn niemand kann solche Anstrengungen zu 100% mit Eigenmitteln finanzieren. Richtig ist aber auch, dass

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 7. Dezember 2006 - 219 -

derjenige, der diese Investitionen ablehnt, die Konsequenzen seiner Entscheidung tragen muss. Natürlich kann man von Bauwut der Regierung sprechen, man kann auch versuchen, Steine gegen Menschen auszuspielen, aber wer das tut, der muss auch bereit sein, in die Schulen zu gehen und Lehrpersonen, Kindern, Eltern zu sagen, dass sie auch weiterhin lange Zeit mit teilweise unzumutbaren Räumlichkeiten zurecht kommen müssen. Der muss bereit sein, unseren Schulgemeinschaften zu sagen, dass sie noch 20 bis 30 Jahren warten müssen, bevor wir diese dringend benötigten Investitionen tätigen. Und der muss auch erklären, warum diese Menschen noch so lange warten müssen, obwohl doch die Deutschsprachige Gemeinschaft nachweislich diese Investitionen jetzt und heute über alternative Finanzierungen tätigen kann.

Kolleginnen und Kollegen, wir, die Mehrheit dieses Hauses, vielleicht auch einige andere mehr, wollen den Schulen sofort helfen, weil der Bedarf nachgewiesen ist, weil diese Investitionen in kommende Generationen sind und weil diese Investitionen im Rahmen der Höchstgrenze von 15 bis 17,5% langfristig für kommende Generationen unserer Gemeinschaft verkräftbar sind. Investitionen in Infrastruktur sind immer auch Investitionen in Menschen. Mein Vorgänger im Amt, CSP-Unterrichtsminister Wilfried Schröder, hat an diesem Rednerpult am 21. Dezember 1995 gesagt, ich zitiere: „Optimale Arbeitsbedingungen, d.h. auch Steine und Beton. Es ist mein fester Wille, dafür Sorge zu tragen, dass der in diesem Bereich vorhandene Nachholbedarf in allen Netzen gedeckt werden kann.“ Herr Schröder hatte Recht, und genau das tun wir heute, 11 Jahre später. Bei der Neugestaltung der Schullandschaft spielt natürlich auch das Parlamentsgebäude eine wichtige Rolle. Wir können es entweder der Autonomen Hochschule anbieten oder wir bieten es der Pater-Damian-Schule und dem Staatsarchiv an, die hierfür ganz nachdrücklich einen Bedarf und ein Interesse angemeldet haben. Beides wäre sinnvoll und beides wäre für die Gemeinschaft mit deutlichen finanziellen Einsparungen verbunden. Ohne den Präsidiumsbeschluss von vor einigen Monaten hätten wir gar nicht einmal darüber nachdenken können und dürfen, welchem Interessenten wir nun dieses Gebäude für eine schulische Nutzung zur Verfügung stellen. Aber ich kann Ihnen an dieser Stelle jetzt und heute auch noch nicht sagen, welchem Interessenten wir dieses Gebäude anbieten werden.

Kollege Jaegers hat zu Recht darauf hingewiesen, dass beim Drehen des Infrastrukturkarussells Verwirrung entstanden ist. Das stimmt, aber ich bitte um Verständnis dafür, dass wir keine Entscheidungen definitiver Natur bekannt geben können, und zwar schlicht und ergreifend deshalb, weil es diese Entscheidungen nicht gibt und nicht geben kann, weil wir eben mit den Betroffenen einen Dialog zu diesen Fragen führen wollen, weil wir Expertengutachten brauchen und weil wir nicht alle Verhandlungen abgeschlossen haben, über die wir im Ausschuss bereits relativ offen in öffentlicher Sitzung berichtet haben. Kollege Jaegers, ich kann Ihnen dazu nicht mehr sagen als vor einigen Tagen in Ausschuss III während einer öffentlichen Sitzung. Sie, Kollege Jaegers, haben die Absichtserklärung an die Adresse des freien Unterrichtswesens zumindest formal kritisiert. Aber, Kollege Jaegers, diese Vorgehensweise der Regierung war nicht nur legitim, sondern auch durchaus üblich. Wir haben den Träger des freien Unterrichtswesens lediglich gebeten, uns mitzuteilen, welchen Investitionsbedarf er in seinen Schulen erkennt. Daraufhin hat der Träger uns seine Prioritäten mitgeteilt. Diese haben wir überprüft und tatsächlich unsere Absicht bekundet, den freien Schulträger dabei zu unterstützen. Das haben wir getan auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 24. April dieses Jahres, für die uns dieses Parlament sein Vertrauen ausgesprochen hat. Selbstverständlich werden wir bei der Umsetzung dieser Absichten alle gesetzlichen Vorgaben dieses Parlaments respektieren, das Infrastrukturdekret genauso wie das Haushaltsdekret. Wenn Sie die Erklärung genau nachlesen, werden Sie feststellen, dass wir geschrieben und vereinbart haben, dass alle diese Zuschüsse in Anwendung des Infrastrukturdekretes erfolgen müssen. Das bedeutet konkret, dass die Regierung über eine Aufnahme dieser Projekte in den Registrierungskatalog bzw. Infrastrukturplan befinden wird, sobald die Projekte spruchreif sind und alle Kriterien des Gesetzes erfüllen. Und sobald „engagements juridiques“ - Definition des

- 220 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Rechnungshofes - entstehen, werden wir selbstverständlich das Parlament darum bitten, uns die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Kolleginnen und Kollegen, wir werden im März 2007 diesen Masterplan um einige wesentliche, nachhaltige Maßnahmen ergänzen und darüber einen sehr breiten Dialog mit den Schulgemeinschaften führen.

Erlauben Sie mir abschließend ein Wort an die Adresse der beiden miteinander flüsternden Kollegen der Ecolo-Fraktion. Kollege Niessen, Sie selbst haben diesen Haushalt in den letzten beiden Tagen kritisch, zum Teil sehr kritisch, beleuchtet. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was Sie gesagt haben, und ganz bestimmt nicht mit einigen Bemerkungen Ihres Kollegen Jaegers, wie jeder gemerkt haben wird, aber ich habe alle Beiträge der Ecolo-Fraktion als seriös recherchiert, als sachlich und als konstruktiv empfunden. Weil ich weiß, dass das in der Opposition nicht immer so einfach ist und es auch schon einmal Mut braucht, solche Positionen zu vertreten, möchte ich Ihnen dafür meine persönliche Anerkennung aussprechen. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)